



Horror und Versagen

Von Reinhard Müller

So weit, so erwartbar: Die SPD-regierten Länder scharen sich um Gesundheitsminister Lauterbach, die Union stellt sich hinter den bayerischen Ministerpräsidenten Söder. Das kann also eine spannende Debatte zur Impfpflicht in medizinischen Einrichtungen werden. Doch halt: Die gibt es doch längst. Beschlossen von einer ganz großen Koalition, mit Zustimmung der Länder. Was hat sich eigentlich grundlegend geändert? Dieser Teil der Impfpflicht war am wenigsten umstritten. Und trotz der aktuellen positiven Signale, die hoffentlich bald eine Rückkehr zu einem Leben ohne Beschränkungen erlauben, bleibt es doch wichtig, die besonders Gefährdeten weiter besonders zu schützen, auch indem der Pflegektor möglichst immunisiert wird.

Nun kann man natürlich jede Regelung ändern oder auch ganz zurücknehmen, wenn sich die Lage geändert hat. Aber die bereichsbezogene Impfpflicht aussetzen, weil sie nicht durchsetzbar sei? Das ist entweder ein Eingeständnis massiven Organisationsversagens oder des eigenen Horrors vor Spaltung und Spaziergängererei oder beides zusammen. Oder das alles ist vorgeschoben, um am Puls des Volkes zu sein. Das gelingt aber weder der CSU in Bayern noch der CDU zurzeit so richtig, obwohl die Bedingungen gar nicht schlecht sind. Die Bürger wollen nicht unbedingt Führung, aber doch den erkennbaren Willen, das als vernünftig Erkante und Beschlossene dann auch durchzusetzen.

Ratzingers Freunde

Von Daniel Deckers

Es ist völlig unbestritten, dass Joseph Kardinal Ratzinger als Präfekt der vatikanischen Kongregation für die Glaubenslehre mehr als jeder andere Kurienkardinal unternommen hat, um den Missbrauchsumpf in der katholischen Kirche einigermaßen trocken zulegen. Allerdings verstrichen zwischen seiner Ankunft in Rom und seiner entscheidenden Intervention bei Papst Johannes Paul II. fast zwanzig Jahre. Strittig ist dagegen immer noch, ob Ratzinger in seiner Zeit als Erzbischof von München und Freising seine Zustimmung zum Einsatz des aus dem Bistum Essen übernommenen pädophilen Priesters Peter H. in der Seelsorge gegeben hat. Seine Berater halten das nicht für möglich, die Gutachter der Münchner Kanzlei WSW schon.

Völlig unbestritten ist nun wiederum, dass Ratzinger in der Sitzung anwesend war, in der über die Aufnahme jenes Priesters entschieden wurde. Dieses Faktum hatte der spätere Papst Benedikt XVI., der bis heute im Ruf steht, dass nichts ungeprüft seinen Schreibtisch verlässt, gegenüber WSW mit seiner Unterschrift hart dementiert. Nun soll eine kleine Gruppe von „Freunden“ an dem „Versehen“ schuld sein. Die hätten ihn, so heißt es, gar nicht selbst befragt und auch nicht gemerkt, dass 2010 niemand bestritten hatte, dass Ratzinger damals anwesend war. Wer solche Freunde hat, braucht keine Gegner.

Putins westliches Aufmarschgebiet

Belarus übt mit russischen Truppen und hätte gerne Atomwaffen.

Von Friedrich Schmidt, Moskau

Die Besucher kletterten in Panzer, prüften Gewehre, sahen Spezialeinheiten beim Schaukampf zu: Am vergangenen Samstag lud das neue Feldlager nahe der belarussischen Stadt Retschiza zu einer „militärpatriotischen Veranstaltung“ namens „Zwei Staaten – ein Volk, eine Geschichte“. Russische und belarussische Fahnen wehten. Laut dem Newstrial Reform.by kamen so viele Leute, dass die Teller für den Gratis-Brei aus der Feldküche ausgingen.

Retschiza im südostbelarussischen Gebiet Gomel ist seit Mitte Januar Ziel russischer Militärtransporte. Satellitenbilder zeigen das Feldlager 50 Kilometer von der Grenze zur Ukraine mit Dutzenden Truppenzelten und Militärfahrzeugen. Mit dem Fest reagierten die Machthaber offenbar darauf, dass Anwohner den Aufmarsch in sozialen Netzen besorgt kommentierten. Die NATO sieht die russische Truppenkonzentration in Belarus als größte seit dessen Unabhängigkeit 1991, als Vorbereitung einer möglichen Invasion der Ukraine. Dagegen stellen Minsk und Moskau die Verlegungen als Teil des gemeinsamen Manövers „Unionsentschlossenheit 2022“ dar. Doch dessen offizielles Gebiet liegt im Westen und im Zentrum von Belarus. Das Lager in Retschiza und eine Reihe weiterer sind weit davon entfernt. Aus dem Gebiet Gomel könnten Truppen beiderseits des Flusses Dnjepr zur ukrainischen Hauptstadt Kiew vorstoßen.

Lange hatte der Minsker Machthaber Alexandr Lukaschenko gegenüber Moskau Bündnistreue beteuert, aber den Ausgleich mit dem Westen und mit Kiew gesucht. Diese „Schaupolitik“ ist mit der Unterdrückung der Proteste von 2020 unmöglich geworden. Jetzt gibt er auf den Kreml zurückgeworfene Machthaber Wladimir Putins Staatsmedien Interviews, in denen er sich dem russischen Präsidenten nützlich erweisen und seinen westlichen Gegnern drohen will. Gerade hat Lukaschenko auf solchem Wege gesagt, die Manöver würden sich, „wenn

es sein muss, sowohl gegen die Ukraine als auch gegen die NATO“ richten.

Das aktuelle Manöver hatte Lukaschenko selbst Anfang Dezember in einem früheren Interview bekannt gegeben. Dass er darin zugleich die Annexion der Krim anerkannte, wurde als „freundliche Geste der Ausweglosigkeit“ (so der Belarus-Fachmann Artjom Schrajman) kaum mehr registriert. Anders Lukaschenkos Vorschlag an Putin, „Nuklearwaffen nach Belarus zurückzubringen“. Das Land hat nach dem schon von Lukaschenko selbst 1994 unterzeichneten Budapest Memorandum die auf seinem Gebiet verbliebenen sowjetischen Nuklearwaffen an Russland abgegeben und dafür, wie die Ukraine und Kasachstan, Souveränitätsgarantien von Moskau, Washington und London erhalten. Laut bisheriger Verfassung soll Belarus „nu-

klarwaffenfreie Zone“ und „neutral“ sein. Aber Ende Februar wird ein Referendum über eine Verfassungsreform abgehalten. Im entsprechenden Artikel soll es künftig nur heißen, Belarus schließe militärische Aggression gegen andere Staaten von seinem Gebiet aus. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich gerade nach seinem Treffen mit Putin „beunruhigt“ über die Pläne geäußert. Putin, fügte Macron hinzu, habe ihn „in dieser Hinsicht beruhigt“.

Lukaschenko hatte sich auf eine Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bezogen, der zufolge eine mögliche deutsche Absage an die „nukleare Teilhabe“ eine Verlegung von (amerikanischen) Nuklearwaffen in andere, auch östliche Mitgliedstaaten zeitigen könne. Lukaschenko kündigte für diesen Fall an, sich mit Putin über die Stationierung rus-

sischer Atomwaffen in Belarus zu verständigen, solcher, die „am effektivsten“ seien. Er als „guter Hausherr“ habe „nichts zerstört“, sagte er über Abschussvorrichtungen sowjetischer Interkontinentalraketen. Die Vereinigten Staaten hatten wegen wachsender Menschenrechtsverletzungen unter Lukaschenko ihre Unterstützung für den Abbau von 81 solcher Vorrichtungen 1997 eingestellt. Doch verfallen die Anlagen seit drei Jahrzehnten.

Der Militärfachmann Andrej Porotnikow vom „Belarus Security Blog“ ist überzeugt, dass Moskau kein Interesse daran habe, Nuklearwaffen in Belarus zu stationieren. Strategische Waffen benötigen umfassenden Schutz und Entfernung vom Gegner, hebt er hervor. Daher habe Russland seine landgestützten Interkontinentalraketen weit im Landesinneren stationiert. Belarus dagegen habe – anders als zur Zeit des Warschauer Pakts, als Polen und die DDR Puffer bildeten – die nötige „Tiefe des Raumes“ nicht mehr. Militärisch, sagt Porotnikow, ergäben einzig taktische Nuklearwaffen Sinn, entsprechend bestückte „Iskander“-Raketen. Allerdings dürfte das eine Aufrüstung der NATO nach sich ziehen, erforderte große Investitionen in Infrastruktur, langfristige Truppenpräsenz und politische Zuverlässigkeit.

Lukaschenko jedoch, hebt Porotnikow hervor, gelte auch in Moskau als unberechenbar, die Lage in Belarus als volatil. Zudem sei damit zu rechnen, dass er „russische Nuklearwaffen in Belarus als seine eigenen darstellen“ würde, um in seinem eigenen Ringen mit dem Westen Druckmittel zu bekommen. Das sei nicht im Interesse des Kremls, der Lukaschenko kontrollieren wolle. Porotnikow hält den Vorstoß daher für eine weitere „propagandistische und politische Erklärung“ Lukaschenkos und meint, die aus dessen Abhängigkeit erwachsenen Militäroptionen reichten Putin aus. Denn jetzt bringt Moskau bei Bedarf, wie nun zu den Manövern, mobile „Iskander“-Systeme nach Belarus und lässt die strategische Luftwaffe über dem Land patrouillieren.



Gemeinsame Drohkulisse: Russische Truppen in Belarus

Foto AP

Fremde Federn: Andreas Rödder

Die Sache mit dem C

Groß war die Empörung über die Streichung des C im Parteiprogramm, die in der Analyse einer Expertenkommission zur Niederlage der Union bei der letzten Bundestagswahl gefordert worden sein soll. Um es klarzustellen: Ich habe nicht vorgeschlagen, das C abzuschaffen, sondern darüber nachzudenken, ob es noch zeitgemäß ist – und wenn ja: es reflektiert zu verwenden, statt es nur zu beschwören.

Die darauffolgende, von offenkundig vorsätzlichen und gar nicht so christlichen Missverständnissen geprägte Debatte hat gezeigt, wie notwendig dies ist. Wenn es heißt, das C stehe für ein „Aufstiegsversprechen“, so war Sozialaufstieg durch Bildung zwar tatsächlich ein Kernanliegen christdemokratischer Bildungspolitik vor allem in der alten Bundesrepublik. Er war aber ebenso ein traditionelles sozialdemokratisches Ideal – und ursprünglich ein zutiefst bürgerliches, kein genuin christliches Konzept.

Wenn weiterhin gesagt wurde, das C sei ein Gegenmittel gegen den „Werteverfall“, so muss sich eine moderne Christdemokratie fragen, ob ihr solch überkommener Kulturpessimismus gut zu Gesicht steht – ganz abgesehen davon, dass „Werteverfall“ mit Blick auf die Geschichte des Missbrauchs auch innerhalb des C eine zweifelhafte Kategorie ist.

Und wenn Christdemokratinnen, die aus Rücksicht auf Nichtchristen nicht mehr „frohe Weihnachten“ wünschen wollten, dazu aufrufen, das C als Mar-

kenkern zu wahren und sich nicht dem Zeitgeist anzupassen, dann gewann die Debatte Elemente von Komik.

Nichts ist selbstverständlich in Politik und Geschichte, auch nicht das C für die CDU, wusste ein so bekennender Christ wie Eugen Gerstenmaier. Das C wirkte integrierend in einer Gesellschaft, in der die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung einer der christlichen Kirchen angehörte – daher auch der programmatische Name der „Union“. Aber gilt das auch noch in einer Gesellschaft, in der eine Minderheit der Bevölkerung einer der christlichen Konfessionen angehört? Ob das C als Barriere für Nichtchristen angesehen wird, entscheiden nicht Christen in der Union, sondern Nichtchristen außerhalb.

Schließlich: Überall in Europa ist das Konzept der Christdemokratie auf dem Rückzug. Die deutsche Union wird daher oft als „letzter Dinosaurier“ bezeichnet. Mit Blick auf urchristliche Unvermeidlichkeiten wirkt eine solche Bezeichnung freilich die Frage auf, ob man auf politische Meteoriteneinschläge warten oder die eigene Zukunft selbst gestalten möchte.

Es ist für die Union allemal besser, sich solchen Fragen zu stellen und die Fenster zu öffnen, statt die Zugbrücke hochzuziehen und sie zu ignorieren. Denn zugleich gibt es gute Gründe für das C. Auch Eugen Gerstenmaier wusste, dass sich der Name als Markenzeichen etabliert hatte. Dass er Identität stiftet, hat die jüngste Debatte

gezeigt – und allein schon daher war und ist sie gut und wichtig.

Nur: Wenn die Union sich zum C bekennt, dann sollte sie über Parteitagssitzungen hinausgehen. Denn wenn sie es als vom christlichen Erbe inspirierte allgemeinpolitische Grundlage ernst nimmt, dann ist das C mehr als ein Wohlfühlfaktor. Dann entwickelt es Konten, mit denen sich die Union von einem Mainstream unterscheidet, dem sie sich zuletzt nach inzwischen allgemeiner Ansicht allzu unhinterfragt angepasst hat.

Das C steht für die Würde aller Menschen. Das markiert einen grundlegenden Unterschied sowohl zu volkischem Nationalismus als auch zu einem fundamentalistischen Islam. Das muss man dann in der politischen Diskussion klar vertreten – nach allen Seiten.

Das christliche Menschenbild besagt vielmehr, dass Menschen gleichwertig, aber unterschiedlich sind. Darin steckt ein Schlüssel für den Umgang mit Ungleichheit. Nicht die Gleichheit der Ergebnisse ist das Ziel, sondern die Gleichheit der Würde ist die Grundlage, von der die Vorstellung der Gleichberechtigung ausgeht.

Das Ergebnis von Gleichberechtigung ist Ungleichheit, die das C dann begrüßt, wenn sie auf fairen Voraussetzungen beruht. Das aber ist ein fundamentaler Unterschied zur Politik der „Gleichstellung“. Das C geht von der Person und ihrer Entfaltung, nicht von Gruppenzugehörigkeiten aus – womit ein grund-

gender Unterschied zur allenthalben vordringenden Identitätspolitik markiert ist.

Das gilt auch für die Überzeugung, dass der Mensch fehlbar ist. Er ist also nicht im Besitz einer absoluten Wahrheit – eine Grundhaltung, die nicht zuletzt in der klimapolitischen Debatte für mehr Umsicht sorgen könnte.

Und schließlich ist die so schwer auszusprechende Subsidiarität: Individuen und gesellschaftliche Gruppen sind zunächst für sich selbst verantwortlich, und nur dann, wenn sie das nicht bewältigen können, greift die Solidarität des Staates ein. Dieses Prinzip ist die gesellschaftspolitische DNA der Christdemokratie. Es ist der Wille zu dieser eigenständig christdemokratischen Balance zwischen Eigenverantwortung und Staatsintervention, der Arbeitnehmerbewegung und Mittelstandsvereinigung, Karl-Josef Laumann und Friedrich Merz in einer Partei vereint.

Das C hält sowohl Substanz als auch Unterscheidungskraft bereit. Eine Union, die sie selbst sein will, kann daraus zukunftsfähige politische Konzepte gewinnen, mit denen sie sich unterscheidet. Aber dazu muss sie ihr Erbe auch wirklich ernst nehmen.

Andreas Rödder ist Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und gegenwärtig Helmut Schmidt Distinguished Visiting Professor an der Johns Hopkins Universität Washington. Er ist Mitglied der CDU und Leiter der 2021 gegründeten Denkfabrik „Republik21. Neue bürgerliche Politik“.



Vitali KLITSCHKO

Foto dpa

Enttäuscht von Deutschland

Vorige Woche hatte Vitali Klitschko einen der selten gewordenen gemeinsamen Auftritte mit seinem jüngeren Bruder Wolodymyr (russisch: Wladimir). Die beiden einstigen Boxweltmeister in der Schwergewichtsklasse erschienen in einer Amtsstube in Kiew, aber in unterschiedlichen Rollen. „Ich bin gekommen, um zu überprüfen, wie die Arbeit in diesem von der Hauptstadt eingerichteten Rekrutierungsbüro für Reservisten läuft“, teilte Klitschko der Ältere anschließend auf Twitter mit. Er ist seit 2014, dank drei klaren Wahlsiegen, unangefochten Bürgermeister der Drei-Millionen-Stadt. Der jüngere Bruder dagegen kam als einfacher Bürger und füllte Formulare aus: „Er schließt sich der Brigade der Territorialverteidigung der Stadt Kiew an“, twitterte der Stadtvater stolz.

Damit sind die Klitschko-Brüder wieder dort, wo sie schon zweimal waren: an vorderster Front, wenn es um die Zukunft ihres Landes geht. 2004 waren sie in der ersten proeuropäischen Bewegung dabei, der „Orangen Revolution“. In den friedlichen Anfangstagen der Proteste auf dem Maidan in Kiew im Winter 2013/2014 traten sie mehrmals zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, um eine gewaltsame Eskalation zu verhindern. Kurz nach dem Sieg der Revolution, in deren letzten Tagen im Februar 2014 etwa hundert Demonstranten durch Kugeln der Sicherheitskräfte getötet wurden, wurde Vitali Klitschko erstmals zum Bürgermeister der Hauptstadt gewählt.

Angesichts des russischen Truppenaufmarschs entlang der ukrainischen Grenze tun die Klitschkos wieder das, was sie als ihre Bürgerpflicht empfinden. „Putin möchte das sowjetische Imperium wiederaufbauen“, sagte der Bürgermeister dieser Tage, „ohne die Ukraine kann er sich diesen Traum nicht erfüllen. Deshalb nehmen wir das auch hier in Kiew sehr ernst.“ Dass Deutschland der Ukraine jetzt keine Waffen zur Selbstverteidigung verkaufen will, nannte Vitali Klitschko „unterlassene Hilfeleistung und Verrat an Freunden in einer dramatischen Situation“.

Der Vater der Klitschkos war sowjetischer Luftwaffenpilot. Vitali und Wolodymyr, geboren 1971 und 1976, wurden 1996 beim Hamburger Boxstall Universum Profisportler. Die Jahre in Deutschland waren prägend, beide Klitschkos sind polyglott, Vitali hat in Sportwissenschaften promoviert. Mit seiner Frau Natalia und den drei Kindern lebt er in einer Kiewer Altbauwohnung gegenüber der deutschen Botschaft. In der Politik war Klitschko schon vor 2014. Zweimal hatte er versucht, Bürgermeister von Kiew zu werden. 2012 zog er mit einer eigenen Partei ins Parlament ein, deren Abkürzung das ukrainische Wort für „Schlag“ ergab. Beliebte wurde er, weil er nach Auffassung vieler sein Geld „mit ehrlicher Hände Arbeit“ verdient hatte.

GERHARD GNAUCK

bankenverband

JUGEND UND WIRTSCHAFT

SCHÜLER WERDEN REPORTER

2022/2023
DAS NEUE PROJEKTJAHR
14.9.2022 – 15.8.2023

Wirtschaftsthemen entdecken, Interviews führen, Artikel schreiben – und vielleicht sogar seinen eigenen Beitrag in der Zeitung lesen. Das ist Jugend und Wirtschaft.

Der Bankenverband und die F.A.Z. suchen auch in diesem Jahr wieder Nachwuchsreporter. Wir suchen engagierte Lehrerinnen und Lehrer mit interessierten Schülerinnen und Schülern.

WURUM GEHT ES?

Jugend und Wirtschaft ist ein Medien- und Wirtschaftsprojekt für den Schulunterricht. Für die Dauer des Projekts bekommt jeder teilnehmende Schüler und jeder Lehrer vom Bankenverband ein Gratis-Abonnement (digital/print) der F.A.Z. Damit wird im Unterricht gearbeitet. Die Schüler lesen nicht nur die Zeitung, sie fangen auch an, sich für neue Themen zu interessieren, über die sie schreiben – im Wirtschaftsteil der F.A.Z.

16-mal im Jahr erscheint die Sonderseite „Jugend und Wirtschaft“ mit ausgewählten Artikeln der Schüler. Die Autoren der besten Artikel und die engagiertesten Schüler werden am Ende des Projektjahres zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen. Es gibt tolle Preise!

WER KANN MITMACHEN?

Alle Kurse der Sekundarstufe II, die sich nicht im Abschlussjahr befinden. Es eignen sich besonders die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächer (evtl. in Kombination mit dem Fach Deutsch). In einem Einführungsseminar (14.9.2022-16.9.2022) werden die Lehrer auf das Projekt vorbereitet. Dieses findet in Berlin statt und ist obligatorisch (die Kosten werden übernommen). Während des gesamten Projektjahres unterstützen wir Schüler und Lehrer umfassend.

BEWERBUNGSSCHLUSS
31.5.2022

Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung per E-Mail oder Post. Bitte senden Sie uns:

- Argumente, warum Sie teilnehmen möchten
- eine Kurzbeschreibung Ihrer Schule
- die Zahl der Wochenstunden der von Ihnen im Projektjahr unterrichteten Fächer
- den Kurs und die Schülerzahl

an bankenverband@jugendundwirtschaft.de oder Bankenverband, Burgstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort „Jugend und Wirtschaft“. Alles zum Projektjahr 2022/2023 finden Sie unter jugendundwirtschaft.de

Bei Fragen steht Ihnen Dr. Titus Maria Horstschäfer unter bankenverband@jugendundwirtschaft.de oder +49 2408 588917 gerne zur Verfügung.